

Der irreführende Mythos der angelsächsischen Hochschulfinanzierung

Studiengebühren werden den deutschen Hochschulen nicht aus der Misere helfen

Oliver Schilling

Am 22. Juni diesen Jahres verkündeten die Kultusminister der Länder, dass sie Langzeitstudierende mit Studiengebühren abstrafen würden. Wer die Regelstudienzeit mit mehr als 4 Semestern überschreite, solle zahlen. Wieviel und ab wann, ist allerdings Sache der Länder, welche sich in den späteren Nachverhandlungen geweigert haben, das Verhandlungsergebnis in einem Staatsvertrag festzuhalten. Dieser hätte eine weitaus größere Verbindlichkeit für die Länder bedeutet als die jetzt erzielte sehr viel lockerere Vereinbarung. In Niedersachsen und Baden-Württemberg ist allerdings bereits das Realität, was nun als Verhandlungsergebnis dasteht. Dort zahlen Langzeitstudierende schon seit 1996 rund 1000 Mark Strafgebühren, da sie den Tatbestand des Langzeitstudierens erfüllen. Interessant ist, dass in den neuen Bundesländern bisher kein Interesse an den Gebühren besteht. So hatte etwa Dagmar Schipanski, die sächsische Wissenschaftsministerin, erklärt, die Studierenden in Sachsen würden ohnehin selten viel länger als die Regelstudienzeit für ihr Studium brauchen. Daher gebe es kein Interesse an der Erhebung von Gebühren.

In den jüngsten Verhandlungsergebnissen kann aber auch ein erster Etappensieg der Gebührengegner gesehen werden: Immerhin wird das Studium an staatlichen Hochschulen bis zum ersten berufsqualifizierenden Abschluss - der allerdings im schnellen Regelstudienzeitstudium erbracht werden soll - gebührenfrei bleiben.

Die Diskussion um Studiengebühren in Deutschland leidet unter der fälschlichen Mystifizierung des angelsächsischen Hochschulsystems. Das dortige System wird von vielen als das einzige und funktionierende verstanden, ohne es wirklich zu kennen und kennengelernt zu haben.

Unterdessen ist es zu einer Modeerscheinung geworden, in Sonntags- und Ruckreden vollkommen selbstzerfleischende Kritik am deutschen Hochschulsystem zu formulieren, so dass



mensch glauben könnte, in Deutschland gebe es keine brauchbaren Wissenschaftsprodukte mehr. Daraus folgern viele Menschen, man solle die deutschen Hochschulen wie die angelsächsischen führen, und dann wären die Probleme gelöst. Doch dies funktioniert nicht, da man ein System nicht vollkommen frei von seiner Tradition und eigenen organischen Entwicklung per Gesetzgebung und durch Verwaltungsakte verändern kann. Passiert dies, so wird kein Faden der Kontinuität gespannt, sondern ein Gummi gedehnt, das bald wieder zurückschnellt. Die unsäglichen Querelen um die Rechtsschreibreform mögen dies belegen.

Zum Verständnis des angelsächsischen Hochschulsystems ist folgendes zu wissen: In England bekommen Studierende ihre Gebühren in der Regel von der Gemeindeverwaltung zurückerstattet, in Amerika gibt es ein ausgeprägtes System von Stipendien, durch die die Gebühren gedeckt werden. Außerdem war Bildung in beiden Ländern niemals eine gesamtgesellschaftliche Angelegenheit, wie man es doch wohl in Deutschland behaupten kann. Viele Geistesgrößen und Referenzpunkte der Wissenschaftsgeschichte sind - zumindest teilweise - Kinder des deutschen Bildungssystems. Goethe, Kant, Benjamin, Adorno, Heidegger, Jaspers, Habermas und viele andere mehr konnten ihre Geistesarbeiten, die heute noch das ausmachen, worauf mancher als Deutscher stolz sein zu dürfen glaubt, unter anderem nur durch ihre Ausbildung in der freien akademischen Umgebung einer deutschen Hochschule entwickeln und entfalten. Und auch heute noch sind beispielsweise in England deutsche Hochschulabschlüsse sehr hoch angesehen, deutsche StudentInnen gelten etwa in Oxford als sehr gute WissenschaftlerInnen. Historisch betrachtet ergibt sich ein Bild des englischen und US-amerikanischen Systems, das in keiner Weise mit deutschen Verhältnissen kompatibel ist: In England war das Hochschulsystem bis zu Beginn des neunzehnten Jahrhunderts

reine Angelegenheit der Kirche. Die Universitäten Oxford und Cambridge führten unter deutlichem strengem kirchlichen Einfluss eine in gar keiner Weise säkulare Existenz bis zur Gründung der University of London als aufklärerischem Gegenstück zu Jahrhunderte alten Colleges in Oxford und Cambridge. In Amerika waren es nicht Kirchen, sondern private Investoren und Initiativen, die Hochschulen gründeten und etablierten. Im Gegensatz dazu wurden in Deutschland Hochschulen von Fürsten gegründet und unter ihre Aufsicht gestellt. Mit einer feinen Hochschule im fürstlichen Einzugsgebiet konnte sich der Fürst zum einen schmücken, zum anderen eine Elite heranzüchten, die ihn geistig zu inspirieren vermochte. Außerdem kann manchem Herrscher wohl auch die Einsicht unterstellt werden, dass wissenschaftliche Forschungsergebnisse durchaus für die eigene - zunehmend sekuläre und aufgeklärte - Politik genutzt werden konnten. Im übrigen konnte so mancher Gelehrte aufgrund seines Status Dinge aussprechen und aufzeigen, zu denen sich der Fürst aus taktischen Gründen lieber nicht äußerte. Festgehalten werden kann, dass in Deutschland - anders als in Großbritannien und den USA - ein politisches Interesse am Hochschulsystem viel tiefer traditionell verwurzelt ist und daher eine rein funktionale Herangehensweise an die heutigen Probleme der Hochschulen daher falsch wäre. In der politischen Praxis macht die Erhebung von Studiengebühren ebenfalls wenig Sinn und täuscht über den wahren Grund der deutschen Hochschulmisere hinweg: Chronischer Finanzmangel macht es unmöglich, ein den Anforderungen des Arbeitsmarktes und der Gesellschaft gerechtes Studium an deutschen Hochschulen anzubieten. In diesem Zusammenhang wäre die Berücksichtigung der angelsächsischen Praxis durchaus sinnvoll, denn die öffentlichen Bildungsausgaben pro StudentIn liegen in Deutschland weit hinter denen der USA und Englands. Und so wird auch die OECD nicht müde, Jahr für Jahr Deutschland im internationalen Vergleich der Bildungsausgaben gemessen am Bruttoinlandsprodukt regelmäßig auf Platz 10 bis 15 abzustellen, weit hinter Portugal und vielen anderen Europäischen Staaten.

An dieser Finanzmisere würde die Einführung von Studiengebühren nichts ändern. Denn der jährliche Finanzmangel der deutschen Hochschulen wird auf 6 bis 10 Milliarden Mark beziffert. Selbst wenn alle Studierenden - und nicht nur die Langzeitstudierenden - im Jahr tausend Mark zahlen müssten, so hätte man erst 1 bis 2 Milliarden Mark zusammen. Dies erklärt unter anderem wohl auch, warum an Hochschulen wie der Freien Universität Berlin wieder ein Numerus Clausus auf den derzeit hochgefragten Studiengang Informatik eingeführt werden musste: Das Geld fehlt einfach hinten und vorne, den Berliner Hochschulen noch mehr als überall anders in Deutschland wegen der halsbrecherischen Berliner Haushaltspolitik. Und: Wie wird gesichert, dass die Studiengebühren tatsächlich den Hochschulen zugute kommen? In Baden-Württemberg hat sich etwa herausgestellt, dass eingetragene Einschreibe- und Studiengebühren in den allgemeinen Landeshaushalt flossen und nicht zielgerichtet den Hochschulen zugeleitet wurde. Seit dem Öffnungsbeschluss, der in den ausgehenden 70er Jahren den Hochschulen einen bis in die früheren 90er Jahre stetig steigenden Studierendenansturm bescherte, werden nun Rezepte gesucht, mit den veränderten Bedingungen klarzukommen. Bei nahezu gleicher öffentlicher Finanzzuwendung und doppelter Studierendenzahl bleiben den Hochschulen nun drei Möglichkeiten: Sie können versuchen, sich über Drittmittel zu finanzieren; sie können die Zahl der Studierenden verringern durch Zulassungsbeschränkungen (und auch Studiengebühren);

sie können sich strukturell soweit verändern, dass mit gleichen Mitteln besser gehaushaltet und effektiver gearbeitet wird. Eine Mischung aus allen drei Varianten ist in der Praxis abzusehen, wobei die Fähigkeit zur Erwirtschaftung von Drittmitteln sehr variiert, gemäß dem Fächerangebot und den persönlichen Kontakten der einzelnen Lehrenden. Doch auch bei einer gelungenen Kombination dieser Optionen kann der Mangel an öffentlicher Finanzierung nicht behoben werden. Neben diesen finanziellen Aspekten muss berücksichtigt werden, dass Studiengebühren auch eine psychologische Signalwirkung haben. Gibt es Gebühren, so werden sich immer weniger Menschen zu einem Studium entschließen. Laut Umfragen ist die Gebührenfreiheit der ausschlaggebende Entscheidungsgrund für AusländerInnen, in Deutschland zu studieren. Sie werden es sich wohl in Zukunft einmal mehr überlegen, ob sie nach Deutschland kommen wollen. Letztlich bleibt zu fragen, wem und wieso „Langzeitstudierende“, die in der Regel nicht mehr, sondern einfach nur das gleiche Pensum in mehr Zeit absolvieren, schaden. Mit dem Abstrafen derjenigen, die aus verschiedensten Gründen länger studieren, ist an der deutschen Misere nicht viel getan. Sie kommt vielmehr einer populistischen Verjüngungskosmetik gleich. Ein Sündenbock ist gefunden, auf dem der ganze bildungspolitische Unmut endlich abgeladen werden kann: Die Langzeitstudierenden sind an allem schuld - frei nach dem Motto: „Persönlich habe ich aber nichts gegen die; ich kenne sogar einen, der ist ganz nett.“

Oliver Schilling lebt in Brüssel, promoviert in Oxford und war von 1997 bis 1998 AstA-Vorsitzender in Bonn.

Anzeige

ISW institut für sozial-ökologische
wirtschaftsforschung e.V.

**analysen
fakten & argumente**

**ARMEE
FÜR ALLE FÄLLE**



ISW REPORT NR. 44

**Der Umbau
der Bundeswehr zur
Interventionsarmee**

Bundeswehrdebatte:
Viel Streit und wenig
Differenzen; Weizsäcker-
Papier und Scharpings
"Eckpfeiler"; Das Bündnis
mit der Rüstungsindustrie;
EU-Militarisierung; Von der
nationalen Konsolidierung
zur "Europäisierung" der
Rüstungsindustrie

In Zusammenarbeit
mit IMI e.V.

isw-report 44
August 2000
DM 5,- + Versand

Aktien und Börse;
Shareholder-
Kapitalismus;
Shareholder-Society;
Börsenfieber

isw-grafikdienst 8
September 2000
- 40 Seiten -
10,- DM + Versand



**Gesamtprogramm anfordern,
Bestellungen**

isw - institut für sozial-ökologische
wirtschaftsforschung e.V.
Johann-v.-Werth-Str. 3, 80639 München
fon: 089-130041, fax 089-168 94 15
email: isw_muenchen@t-online.de